

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail: recht-post@e-control.at

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien
T 05 90 900-DW
E up@wko.at
W wko.info/up

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
R SNE G 01/25

Unser Zeichen, Sachbearbeiter
Up/0229/Hü
DI Claudia Hübsch

Durchwahl
3007

Datum
6.11.2025

Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 (GSNE-VO 2013) - Novelle 2026; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für die Übermittlung der Begutachtungsunterlagen zum Entwurf der Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 - Novelle 2026, GSNE-VO 2013 - Novelle 2026) und nimmt dazu wie folgt Stellung.

I. Allgemeines

Sachgüter können nicht ohne Energieeinsatz erzeugt werden. Die Verfügbarkeit von Energie in ausreichender Menge und zu international wettbewerbsfähigen Preisen ist daher ein existenzieller Standortfaktor für die Produktion in Österreich. Dies setzt einerseits ausreichende Energie-Aufbringung, andererseits entsprechende Infrastruktur voraus. Besonders in der bereits angelaufenen Transformationsphase hin zu einer „dekarbonisierten Produktion“ ist eine stabile, leistbare und diversifizierte Energieversorgung unverzichtbar.

Die Industrie Österreichs zählt zum Rückgrat der österreichischen Volkswirtschaft. Sie sichert die tägliche Versorgung der Menschen mit hochwertigen Gütern wie Nahrungs- und Genussmitteln, Medikamenten und weiteren Gütern des täglichen Gebrauchs und ist damit versorgungs- und systemrelevant. Die nach wie vor hohe Inflation ist nach wie vor auch energiegetrieben.

Weiters ist die Industrie stark exportorientiert und steht daher auch im internationalen Wettbewerb mit anderen EU-Produktionsstandorten und mit globalen Konkurrenzstandorten.

Seit der durch den russischen Angriff auf die Ukraine ausgelösten Energiepreiskrise ist ein energiepolitischer Anker insbesondere für Österreich verloren gegangen: Pipelineerdgas in preissenkender Menge insb. als Brücke ins Zeitalter der erneuerbaren Energie und damit eine leistbare, gesicherte Versorgung mit Strom (zum Ausgleich der Erzeugungsspitzen

erneuerbarer Energieformen). Dazu kommen verschärfte Klimaziele und der politische Auftrag an Unternehmen, selbst klimaneutral zu werden. Ist aber ein Produktionsstandort aufgrund mangelnder Verfügbarkeit oder zu hoher Energiekosten nicht mehr wettbewerbsfähig, droht eine Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland. Das Konsumverhalten ändert sich nicht zugunsten grüner Produkte. All dies führt nicht nur zum Verlust von Wohlstand und Beschäftigung in Österreich, sondern auch zum Verlust von Innovationskraft und Technologieführerschaft.

Die neuerliche massive Steigerung der Gasnetzentgelte ist für viele Produktionsbereiche in der österreichischen Industrie nicht mehr zu stemmen. Es ist vor allem offensichtlich zu befürchten, dass mit dem vorliegenden Finanzierungsmodell künftig die Kosten für die verbleibenden Netznutzer immer weiter steigen werden. Das bedeutet für unsere Branchen Mehrkosten, die die meisten unserer Unternehmen auf nationaler Ebene wegen des Preisdrucks nachgelagerter Wirtschaftsstufen und im Export wegen der fehlenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit in ihren Kalkulationen nicht mehr weiterwälzen können.

Die künftigen Gas-Netzentgelte werden ab 1. Jänner 2026 zu einer weiteren Anspannung der Energiepreise im internationalen Vergleich führen und damit den Wirtschaftsstandort Österreich - neben anderen Faktoren - weiter unter Druck bringen. Es wurden uns spezifische Kostensteigerungen seit 2020 in Höhe von bis zu mehreren Hundert Prozent (von der Papier-/Zellstoffindustrie bis 400 %) berichtet!

Eine detaillierte, nachvollziehbare Begründung dieser Entgeltsteigerung fehlt, um zu beurteilen, ob die Erhöhungen in einem nachvollziehbaren Verhältnis zu den zugrunde liegenden Kostenentwicklungen stehen.

Für ist absolut nicht nachvollziehbar, warum derartige Belastungen auch die energieintensive Industrie betreffen sollen. Gerade in Anbetracht der kritischen wirtschaftlichen Situation und der Wettbewerbsverzerrungen gegenüber dem EU-internen Wettbewerb und gegenüber globalen Konkurrenzstandorten ist hier eine Rücksichtnahme für die energieintensiven Industrien absolut notwendig!

Für viele energieintensive Industrien wie zB die Glasindustrie (hier am Beispiel Verpackungsglas) - gibt es überhaupt keine Möglichkeit, die entstehenden Mehrkosten an Kunden weiterzugeben oder anderweitig abzuwälzen. Unsere Mitglieder befinden sich zB auch auf Netzebene 2. Die dort vorgesehene durchschnittliche Tarifierhöhung von 26,9 % ist schlicht nicht tragbar! Sollte das tatsächlich in dieser Form umgesetzt werden, wäre dies für die gasabhängige Verpackungsglasindustrie (benötigt in den Glaswannen eine Schmelztemperatur von mindestens 1.500° C - und die kann technisch nur mittels dauerhafter Gaszufuhr erbracht werden) ein in die Existenz gehender Tiefschlag. Der vorliegende Entwurf wird in dieser Form entschieden abgelehnt.

Derartige Belastungen würden sich unmittelbar auf das bereits ohnedies geringe wirtschaftliche Ergebnis auswirken. Wir stehen nicht nur im außereuropäischen und innereuropäischen Wettbewerb mit Konkurrenzunternehmen, sondern wir stehen vor allem konzernintern auf dem Prüfstand: die österreichischen Hersteller sind oft Konzern-Unternehmen. Konkret bedeutet das, dass die Konzernzentralen genau das Gesamtergebnis ihrer einzelnen Länderstandorte analysieren und davon künftige Investitionen in ihre Betriebe abhängig machen. Österreichische Standorte stehen hier bereits im Fokus - leider negativ gesehen. Sollten die genannten Mehrbelastungen energieintensive Branchen tatsächlich so wie angekündigt treffen, ist zu befürchten, dass in die österreichischen Betriebe nicht mehr investiert wird. Investitionen in Österreich werden auslaufen und letztlich erfolgen Stilllegungen. Das wäre eine unumkehrbare Situation, von welcher die Standorte außerhalb von Österreich profitieren würden.

Diese massive Steigerung der Gas-Netzkosten kommt zusätzlich zu dem ohnehin schon deutlichen Nachteil beim Erdgas-Marktpreis gegenüber dem relevanten EU-Mitbewerbern. Der Gasgroßhandelspreis am österreichischen CEGH ist noch immer regelmäßig bis zu 10 % über dem üblichen Vergleich mit dem TTF-Index - das bedeutet in Summe einen Nachteil gegenüber unseren innereuropäischen Mitbewerbern von rund 3 €/MWh. Österreich ist zum Gasendverbraucher und Binnenland geworden. Immer mehr Branchen fordern auch einen Eingriff in die Energie-Preisbildung.

Offensichtlich ist, dass die Tarifexplosion durch einen Wegfall von Transitmengen bedingt ist. Die Kosten für den weggefallenen Transit von russischen Pipelinegas sollten daher den österreichischen Erdgaskunden nicht mehr aufgebürdet werden. Gleichzeitig dürfen mögliche künftige gesteigerte Erdgastransite (etwa für den Wiederaufbau der Ukraine und künftiger Ersatz von auslaufenden Gaslieferungen über die Turkstream Pipeline) und Umwidmungen für eine künftige Wasserstoffinfrastruktur nicht ausgeschlossen werden.

Es müssen daher taugliche Modelle für eine (Zwischen-)Finanzierung der Gasnetze entwickelt werden, die dazu führen, dass die verbleibenden Erdgaskunden nicht die gesamten Infrastrukturkosten für das verbleibende Methannetz, für die möglichen künftigen Gastransite (insb. von West nach Ost und von Süd nach Nord) und die Vorfinanzierung künftiger Wasserstoffinfrastrukturen stemmen müssen. Diesbezüglich ist insb. eine Drittfinanzierung notwendig.

Weiters sollten tendenziell höhere Leistungspreise eingeführt werden, um die Netzkosten verursachungsgerechter aufzuteilen. Die Umlage der Kosten auf jene Kunden, die weiterhin die Netzinfrastuktur in deren üblichen Ausmaß nutzen, sollte hinterfragt und alternative Modelle sollten diskutiert werden (besonders die energieintensiven Unternehmen nutzen die Netzinfrastuktur in der Regel ganzjährig und gleichmäßig, während die Verbrauchskurve in Österreich eine enorme Saisonalität aufweist). Hier wäre eine verstärkte Leistungskomponente oder Berücksichtigung der Jährlichen Auslastung (Benutzungsstunden) eine sinnvolle Alternative.

Weiters weisen wir darauf hin, dass im Falle von Stilllegungen massive Kosten durch die Trennung der Hausanschlüsse entstehen. Diese Kostentreiber sind tunlichst durch Nachnutzungen der Leitungen zu vermeiden.

Es muss weiterhin auf Kostensenkungen und Effizienzsteigerungen bei den Netzen geachtet werden. Es müssen alle Register gezogen werden, um die Netzentgeltsteigerungen abzumildern.

II. Im Detail

Zu 2. § 10 Abs. 8 Z 1 bis 3:

Bei monatlichen Beträgen ist die tageweise Aliquotierung davon abhängig, welcher Monat zu aliquotieren ist. Bei 28/29, 30 und 31 Tagen ergeben sich bei der Pauschale dementsprechend unterschiedliche Tagessätze. Dies ist für Netzbenutzer oft nicht nachvollziehbar und diese vermuten eine Benachteiligung.

Dem könnte entgegengewirkt werden, wenn wie in der SNE-V die Pauschalen in der Netzebene 3 für die Zonen 1 - 4 in Cent per anno angeführt würden. Dies würde auch in den Abrechnungssystemen zu Vereinfachungen führen.

III. Zusammenfassung

Gerade im produzierenden Bereich entfällt ein hoher Anteil am Verbrauch auf den Energieträger Erdgas. Gas ist für die heimische Wirtschaft strategisch von zentraler

Bedeutung. Viele Hochtemperaturprozesse in der Industrie sind darauf angewiesen. Gas bleibt mangels marktfähiger Alternativen folglich auch mittelfristig ein zentraler Energieträger für die heimische Industrie.

Die nicht unerheblichen Preissteigerungen stellen für unsere Mitgliedsbetriebe eine weitere Belastung in einer wirtschaftlich schwierigen Gesamtsituation dar. Die im Entwurf genannten Gründe, insbesondere die Mengenrelevanz, sind grundsätzlich nachvollziehbar und entsprechen unseren Wahrnehmungen. Kritisch sehen wir die Entwicklungen gerade im Bereich des Gastransits über den Knoten Baumgarten, der seit Jahrzehnten von besonderer Bedeutung für das Marktgebiet Ost ist. Dass wir vom Transit- zum Bezugsland geworden sind, ist den tatsächlichen Gegebenheiten (neue Realitäten in der Energiewelt durch den Angriffskrieg) geschuldet. In Zukunft müssen wir, auch wenn sich die Flüsse von Ost nach West gedreht haben, wieder danach trachten, bei der Durchleitung von Relevanz für unsere Nachbarn zu sein.

Das politische Ziel, die Inflation einzudämmen, ist mit dieser Novelle gescheitert. Es stellt sich die Frage, inwiefern bei Politik und Regulator noch Augenmaß vorhanden ist, wenn Steigerungen des Systemnutzungsentgelts von bis zu 67,6 % (Musterkunde Salzburg NE 2) in Kauf genommen werden.

Diese weiteren Belastungen sind in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation und der immer noch großen Abhängigkeit der Unternehmen der Industrie von Erdgas sehr kritisch zu sehen. Die nach den starken Erhöhungen 2025 auch in diesem Jahr wieder zu verzeichnenden hohen Anstiege der Netznutzungsentgelte verlangen weiterhin eine strenge Kontrolle der von den Netzbetreibern geltend gemachten Kosten durch die Regulierungsbehörde.

Diese Erhöhungen führen derzeit bereits zu einem massiven Schwinden der Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe auf den internationalen Märkten. Weitere Erhöhungen würden zu weiteren Betriebsschließungen führen.

Gleichzeitig scheint das Modell der Anreizregulierung, das zwar in der Vergangenheit geeignet war und gute Dienste geleistet hat, nun definitiv an seine Grenzen zu stoßen und nicht auszureichen, um die gewünschten Effekte stabiler Netzkosten zu erzielen. Auch der Umstand, dass perspektivisch immer weniger Kunden ein Methannetz nutzen könnten und schon jetzt die transportierte Energiemenge erneut deutlich gesunken ist, lässt bekanntlich die Kosten für die verbleibenden Netznutzer steigen. Wir ersuchen dringend, dieses Modell zu überdenken, um andere Lösungen der Finanzierung zu finden, die nicht einige Wenige immer stärker belasten.

Es wird vorgeschlagen, dass der Bund mit einer Einmalfinanzierung die Kosten des Gesamtnetzes unterstützt (Netzfonds) und so eine tatsächlich inflationshemmende „Aktion“ setzt.

Die WKÖ lehnt bei der derzeit schwierigen Wirtschaftslage jegliche Erhöhung der Entgelte entschieden ab und fordert ein grundsätzliches Überdenken der Gasnetzfinanzierung.

Freundliche Grüße

Dr. Harald Mahrer
Präsident

Mag. Jochen Danninger
Generalsekretär

